



An alle Mitglieder  
der Fachvereinigung Taxi/Mietwagen

12.07.2017

We/Sei

## R u n d s c h r e i b e n Nr. 06/17

1. Zukunftskongress des BZP am 21.06.2017 in Berlin: Das Taxigewerbe ist bei der Digitalisierung bereits ganz weit vorn aufgestellt – Politiker sprechen sich für PBefG-Modernisierung mit Augenmaß aus
2. Pressemeldung des BZP: Bundestagsparteien einig über Förderung für E-Taxi
3. Pressemeldung des BZP: Taxi-Branche warnt vor radikalen Veränderungen beim Personenbeförderungsgesetz
4. Das Pausenbrot für das gesamte Taxi- und Mietwagengewerbe und seine Freunde
5. BZP-Report – ab 2017 als Newsletter-Service
6. Hinweise zur Bundestagswahl – Auszüge aus den Wahlprogrammen
7. Verkauf eines Taxiunternehmens
8. Rundschreiben der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V.
9. R+V: Achtung, Abschleppgefahr – wenn der Parkplatz plötzlich zur Halteverbotszone wird
10. R+V: Hilfe für Carsharing-Nutzer: Nach Unfall zahlt R+V die Selbstbeteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

### zu Punkt 1.:

Der Taxi-Zukunftskongress des BZP am 21.06.2017 in Berlin im Rahmen der **Kampagne „Verlässlich ist modern“** war eine spannende und mit über 200 Teilnehmern sehr gut besuchte Bestandsaufnahme des Gewerbes. Im zweiten Teil setzten die im Bundestag vertretenen Parteien wichtige Signale für eine Reform des PBefG mit Augenmaß.

Im **ersten Teil** wurde der **digitale Ist-Zustand** des Taxigewerbes in einer **Experten-Gesprächsrunde** analysiert.

So berichtete die Berliner Taxiunternehmerin **Sabine Ernst** (auch Motiv der Kampagne „Verlässlich ist modern“ !) sehr anschaulich, wie der digitale Datenfunk ihren Alltag im Taxi veränderte und durch Digitaltechnik wie z.B. dem Fiskaltaxameter vereinfacht werden. BZP-Vizepräsident **Hermann Waldner** schilderte, dass die gewerbeeigenen betriebenen Taxizentralen trotz sehr weitgehender Aufrüstung mit digitalen Vermittlungssystemen und Vermittlung-Apps bewusst den analogen Weg einer Vermittlung durch Menschen als Operator offen halten werden, die persönliche Beziehung und Empathie werde als wertvolles Dienstleistungsmerkmal von vielen Kunden sehr geschätzt. In aller Regel sei der Telefonservice sogar schneller als eine Bestellung per App.

**Thomas Sell** von der Telekom bescheinigte dem Taxigewerbe einen bereits sehr hohen Digitalisierungs-Level. Aus Kundensicht sei besonders wichtig, was eigentlich mit den gesammelten

digitalen Daten passiert. Während diese anderswo z.B. für wirtschaftlich nutzbare Sozial- und Bewegungsprofile der Kunden missbraucht und verkauft werden, werden die Daten im Taxigewerbe nur sehr kurzfristig für das interne Qualitätsmanagement genutzt und dann gelöscht. Der Datenschutz für den Kunden sei hier oberstes Gebot, die strengen Vorgaben des nationalen Rechts werden umgesetzt.

Quintessenz der mit Videosequenzen ergänzten Gesprächsrunde: die in der Branche bereits in den achtziger Jahren einsetzende Digitalisierung hat aktuell bereits ein hohes Niveau erreicht, das traditionelle Gewerbe sei hier mindestens auf dem Stand der „neuen digitalen Wettbewerber“, teilweise sogar in seiner Erreichbarkeit sowie nationalen und internationalen Vernetzung deutlich voraus.

BZP-Präsident Michel Müller stellte dann die **8 Leitlinien zur Gestaltung der Digitalisierung der Taxi- und Mietwagenbranche** vor. Hauptaussage: hier erfolgt die Digitalisierung nicht zum Selbstzweck, sondern stellt den Menschen in den Mittelpunkt und gewährleistet ökologische Mobilität für Alle.

Im **zweiten Teil** galt es dann auf der nachfolgenden **Podiumsdiskussion „Zukunft Taxi – politische Gestaltung der Personenbeförderung“** für die Verkehrspolitiker des Bundestages im Hinblick auf eventuelle Änderungen des PBefG und die hierauf abzielenden Wahlprüfsteine des BZP Farbe zu bekennen.

In den wichtigsten Punkten waren sich **Michael Donth (CDU)**, **Kirsten Lühmann (SPD)**, **Stephan Kühn (Grüne)** und **Sabine Leidig (Linke)** weitgehend einig: An **Betriebs-, Beförderungs- und Tarifpflicht** des Taxis wollte **keiner** von ihnen **rütteln**. Auch bei einem modernisierten PBefG müsse der ÖPNV der Daseinsvorsorge gerecht werden, hier gehöre das Taxi zwingend dazu.

Deswegen sprachen sich auch alle Verkehrspolitiker für eine weiterhin **klare Abgrenzung zwischen Taxis und Mietwagen** aus. Der BZP-Vorschlag einer **rechtssicher definierten Abgrenzung** von privatem Mitfahren und gewerblicher Beförderung durch fixe Entgeltgrenzen fand bei den Politikern viel Zustimmung. Sharing höre da auf, wo angefangen wird, Geld zu verdienen („Ride selling“).

Lebhaft diskutiert wurde auch mit den anwesenden Unternehmern und Fahrern die **Sicherung der Taxi-Versorgung im ländlichen Raum**. Der Bürger in der Lüneburger Heide sei auf Beförderungssicherheit genauso angewiesen wie der Großstadtbewohner mit einer guten öffentlichen Infrastruktur. Dies sei bereits heute ein drängendes und in Zukunft eines der **zentralsten Probleme der Verkehrspolitik** und staatlichen Daseinsfürsorge. Hier müsste auch über neue Wege nachgedacht werden, so könnte die **Bereitstellung von Mobilität** durch das Gewerbe ggf. auch durch **öffentliche Mittel** finanziell **kompensiert** werden, ähnlich wie dies bei Ärzten auf dem Lande bereits heute erfolgt. Gewerbevertreter forderten, statt auf nicht funktionierende Good-Will-Privatmodelle („Rentner fährt Rentner“) zu setzen besser das vorhandene Know-how und Ressourcen des Gewerbe zu nutzen und dieses viel intensiver einzubinden, so z.B. bereits bei der Erstellung von Nahverkehrsplänen.

Einigkeit bestand auch bei der Notwendigkeit, dass Taxiangebote wesentlicher **Bestandteil** von internetbasierten **Mobilitätsplattformen** sein müssen, um attraktive verkehrsmittel-übergreifende Mobilität in allen Facetten als Alternative zum Privat-Pkw anbieten zu können.

Angesichts der zahlreichen Hürden auf dem Weg zur Elektromobilität von der Reichweite bis zur Frage der Lade-Infrastruktur sprachen sich alle Politiker für **Subventionen** bei der Anschaffung der teureren Fahrzeuge und höheren Betriebskosten von **Elektro-Taxis** aus, das Taxigewerbe könnte hier eine sehr wichtige Vorreiterrolle übernehmen und vielbeachtete Signale setzen.

BZP-Präsident Michael Müller konnte am Ende ein **positives Fazit** ziehen: „Alle vier Parteien haben sich heute dazu bekannt, dass Taxis Teil der Daseinsvorsorge sind. Wir hoffen, dass die Politik auch nach der Wahl dazu steht. Wir jedenfalls werden auch in Zukunft verlässlich und modern unsere Dienstleistung anbieten und erbringen.“

---

### **Zu Punkt 2.:**

Verkehrspolitiker aller im Bundestag vertretenen Fraktionen plädieren einheitlich für die Förderung von Taxis mit Elektroantrieb. „Von selbst wird das nicht kommen, weil es von der Reichweite bis zur Frage der Infrastruktur noch eine Menge zu lösender Themen gibt. Also muss man etwas tun, wenn man diese Fahrzeuge in den Markt kriegen will“, sagte Stephan Kühn (Bündnis 90/Die Grünen) auf einer Podiumsdiskussion des Deutschen Taxi- und Mietwagenverbands BZP in Berlin. Kirsten Lühmann (SPD) brachte eine Förderung nicht nur der Anschaffung, sondern auch des gesamten Betriebs nach dem Vorbild Niedersachsens in Spiel: „Ich persönlich kann mich sehr gut mit dem Lebenszeitmodell anfreunden - 70 Prozent Förderung der Mehrkosten sofort oder 50 Prozent über die gesamte Lebenszeit des Wagens“.

Zustimmung signalisierte auch die Union. „Zugleich muss auch die Steuerfreiheit berücksichtigt werden, die es auch noch gibt. Das ist ebenfalls eine Förderung“, unterstrich Verkehrsexperte Michael Donth (CDU/CSU). Für die Linkspartei machte Sabine Leidig deutlich: „Wir haben von Anfang an gesagt, dass die Förderung der Elektromobilität sich auf den öffentlichen Verkehr konzentrieren muss – und da gehören die Taxis dazu.“ Sie fügte hinzu, bei der Frage der Förderprogramme sei der Rat des Verkehrsgewerbes wichtig: „Aber die Anschaffung der teureren Fahrzeuge und der teureren Betriebskosten soll subventioniert werden!“

Zudem könne die Forschung zur Elektromobilität gefördert werden, ergänzte Grünen-Politiker Kühn: „Wie kann induktives kabelloses Laden an einem Taxistand geschehen? Dies wäre sicher ein lohnendes förderungswürdiges Projekt für die Wissenschaft“.

---

### **Zu Punkt 3.:**

In der Diskussion um Veränderungen beim Personenbeförderungsgesetz hat der Deutsche Taxi- und Mietwagenverband BZP vor radikalen Schritten gewarnt. „Wir haben klare drei Säulen: Betriebspflicht, Beförderungspflicht und Tarifpflicht. Wer eine dieser Säulen aufgibt, opfert zwangsläufig die Verlässlichkeit“, sagte BZP-Präsident Michael Müller auf einem Forum des Verbands mit Verkehrspolitikern aller im Bundestag vertretenen Parteien. Eine Freigabe der Tarife würde unweigerlich zu Schwarzarbeit führen. „Wenn nur der billigste Unternehmer den Auftrag erhalten kann, wird gespart bis es knackt. Der Spielraum bei Anschaffung und Betrieb für den Wagen ist denkbar klein, also können nur die Personalkosten gedrückt werden.“ Die Rechnung dafür müssten dann alle zahlen, da die „Dumpingfahrer“ laut Müller vom Staat alimentiert werden müssten.

Zugleich machte der BZP-Präsident deutlich, dass nur Profis hinterm Steuer eine sichere Beförderung gewährleisten. „Dazu gehören zwei zentrale Kompetenzen: Fahrsicherheit und Ortskunde. Ein guter Taxifahrer sollte jederzeit die kürzeste Route kennen. Diese Kompetenz kann man durch Navigationssystem ergänzen, aber nicht ersetzen.“ Taxis und Mietwagen bieten faire Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung und verlässliche Besteuerung, solange der örtliche Markt funktioniert. „Wo der Markt in eine Schieflage gerät, machen sich unseriöse Anbieter breit, die sich nicht an die Regeln halten. Berlin ist dafür ein unschönes Beispiel“, betonte Müller. Daher sei die Begrenzung der Anzahl der Taxis der beste Weg, Qualität und Wirtschaftlichkeit auf dem Taxi-Markt zu sichern und Fehlentwicklungen zu verhindern. Anders als Berlin betreibe Hamburg einen hohen Aufwand für Überprüfung und Überwachung des Taxi-Gewerbes und Sorge da mit für einen funktionierenden Markt. „Wir empfehlen deshalb weiterhin die Kontingentierung der Taxi-Genehmigungen“, bilanzierte Michael Müller.

---

#### **Zu Punkt 4.:**

Der Deutsche Taxi- und Mietwagenverband e.V. (BZP) hat vor dem Hintergrund der aktuellen PBefG-Diskussionen im Herbst 2016 die Kampagne „Verlässlich ist modern“ gestartet, die das Gewerbe in einen Dialog mit der Öffentlichkeit und Politik über die zeitgemäße Gestaltung der Rahmenbedingungen für Taxis und Mietwagen bringen möchte.

Ziel der Kampagne ist auch, die Leistungen der im Gewerbe engagierten rund 250.000 Frauen und Männer für die Rund-um-die-Uhr-Mobilität der gesamten Bevölkerung und die Stärken des aktuellen Ordnungsrahmens stärker bewusst zu machen. Hierfür brauchen wir die Unterstützung des gesamten Gewerbes, auch Ihre! Unsere Kampagne funktioniert nur, wenn alle mit einer Stimme sprechen – vom Fahrer bis zum Verband.

Sie erhalten in der Anlage zu diesem Rundschreiben die erste Ausgabe des neuen **interaktiven E-Magazins „Pausenbrot“**, das Sie über den aktuellen Stand der Kampagne – mehr erfahren Sie auch unter [www.verlaesslich-ist-modern.taxi](http://www.verlaesslich-ist-modern.taxi) – informiert. Es richtet sich nicht nur an Unternehmer und Fahrer, sondern an alle am Gewerbe interessierten Menschen.

Testen Sie unser Pausenbrot: Lesen Sie spannende Berichte über den BZP-Zukunftskongress, das Taxi als Vorreiter der Digitalisierung, Taxi-Sharing, E-Mobilität in der Branche und Vieles mehr, Hyperlinks führen Sie zu ergänzenden Videos und anderen Hintergrundinformationen.

Und wenn es Ihnen gefällt, teilen Sie Ihr Pausenbrot mit Kollegen. Wir hoffen, es macht allen Lesern Appetit auf mehr. Das nächste Pausenbrot ist für September geplant.

---

#### **Zu Punkt 5.:**

Der BZP-Report erschien von 1986 - 2016 als eigener redaktioneller Teil achtmal pro Jahr in der auflagenstärksten Fachzeitschrift "Taxi". Die durch den Heinrich Vogel Verlag herausgegebene Fachzeitschrift war gleichzeitig Mitteilungsorgan der Berufsgenossenschaft Verkehr, der gesetzlichen Unfallversicherung für Taxi- und Mietwagenunternehmer.

Der BZP-Report musste in seinem dreißigsten Erscheinungsjahr die ebenso lange und immer gute Zusammenarbeit mit dem Heinrich Vogel Verlag mit der Ausgabe 2016 Heft 8 leider beenden. Im neuen Jahr 2017 enden die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Heinrich Vogel Verlag und der Berufsgenossenschaft Verkehr. Der Verlag sieht deshalb keine Basis mehr, um das Print-Magazin TAXI weiter zu führen.

Das bedeutet nun aber keineswegs das Ende des BZP-Reports. Der Bundesverband engagiert sich weiter für den Report, sowohl auf Papier, aber auch verstärkt über digitale Formen. In diesem Sinne wollen wir auch jetzt deutlich sagen „Weiter so, BZP-Report, auf die nächsten 30 Jahre!“ Wie geht das nun? Wir bitten Sie um Ihre Mithilfe. Sie finden uns zwar auch auf [Facebook](https://www.facebook.com/bzpreport), auf [Twitter](https://twitter.com/bzpreport), auf [Instagram](https://www.instagram.com/bzpreport) und [Taxipedia.info](http://taxipedia.info). Unser Hauptmedium soll aber der BZP-Report bleiben. Und Sie sollen auch weiterhin damit erreicht werden. Deshalb bitten wir Sie, sich für den BZP-Report als Newsletter anzumelden.

Hier gelangen Sie zur [Newsletter-Anmeldung: www.bzp-report.de](http://www.bzp-report.de)

Sie erhalten dann ab 2017 die weiterhin acht jährlichen Ausgaben des BZP-Reports kostenlos im PDF-Format per Mail zugesendet und sind auch in Zukunft aktuell, seriös und komprimiert über Neuigkeiten aus Politik, Gewerbe, Rechtsprechung und der Industrie informiert. Übrigens: Vier der acht jährlichen BZP-Reports erhalten Sie weiterhin auch auf Papier, nämlich im neuen Mitteilungsorgan der BG Verkehr, der Branchenausgabe des „Sicherheitsprofi“.

Bereits erschienen sind der BZP-Report 2017 Heft 1 bis 3.

In der aktuellen Ausgabe (BZP-Report 2017 Heft 3) liegt der Schwerpunkt im Fortgang der Kampagne „<http://www.verlaesslich-ist-modern.taxi/>“ und Bewerbung des Zukunftskongresses des Deutschen Taxi- und Mietwagenverbandes am 21. Juni in Berlin. Die Anmeldung ist auf der Kampagnenwebseite „<http://www.verlaesslich-ist-modern.taxi/>“ ab sofort möglich.

(siehe dazu auch unsere Hinweise in unserem Rundschreiben 05/17 vom 01.06.2017)

---

### **Zu Punkt 6.:**

Wie bereits in unserem Rundschreiben 05/17 angekündigt haben wir für Sie in die Wahlprogramme der wichtigsten Parteien geschaut. Nachfolgend daraus Auszüge zu den Themen Mobilität, Personenbeförderung, Taxi und Mietwagen (soweit vorhanden).

### **CDU/CSU – Für ein Deutschland in dem wir gut und gerne leben**

#### **Mobilität für alle ...**

- Individuelle Mobilität muss genauso verfügbar sein wie die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs oder der Bahn.
- Der NOX- und Feinstaubbelastung wollen wir durch gezielte Verkehrsstrategien begegnen, die Politik, Kommunen und Automobilhersteller gemeinsam erarbeiten.
- Generelle Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen lehnen wir ab.
- Bis sich die Elektromobilität endgültig durchgesetzt hat, bleiben moderne Dieselfahrzeuge aufgrund ihres geringen CO<sup>2</sup>-Ausstoßes eine wichtige Option.
- Wir wollen die Elektromobilität vor allem in den Städten deutlich ausbauen. Nach dem Vorbild des Street-Scooters der Deutschen Post wollen wir die Umrüstung der Fuhrparks von Behörden, Handwerksbetrieben und Taxiunternehmen, von Bussen und Bahnen energisch vorantreiben und fördern. Dadurch erreichen wir diejenigen Fahrzeuge mit einer besonders großen Fahrleistung und reduzieren dadurch den Schadstoffausstoß überproportional.

#### **Verkehrsinfrastruktur erneuern und ausbauen**

- In Zukunft werden integrierte Verkehrssysteme eine überragende Bedeutung haben. Gerade junge Menschen in Städten und Ballungsräumen setzen zunehmend auf verzahnte Konzepte, die individuelle und öffentliche Verkehrs- und Kommunikationssysteme miteinander verbinden. Durch die enormen Möglichkeiten der Digitalisierung wird es künftig zur Entstehung völlig neuer Mobilitätskonzepte kommen. Deutschland soll auch in diesem Bereich führend sein.
- Wir nutzen die Potenziale der Digitalisierung für den Öffentlichen Personennahverkehr – und machen ihn so noch attraktiver: Mit einem deutschlandweit einheitlichen digitalen Ticket: Einfach, schnell und unbürokratisch. Wir wollen unsere Verkehrsverbünde intelligent vernetzen und in einem System zusammenführen. Es soll eine App und ein digitales Ticket geben, mit dem Fahrgäste überall in Deutschland fahren können.

### **SPD – Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit**

#### **Bezahlbare und nachhaltige Mobilität**

Mobilität ist von zentraler Bedeutung für eine fortschrittliche Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger sollen mobil sein können – ob privat oder um zu ihrer Arbeit zu kommen. Für die Wirtschaft bedeutet Mobilität einen wichtigen Standortfaktor. Mobilität muss bezahlbar und umweltfreundlich sein.

Deutschland braucht eine Verkehrswende. Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Wir wollen ein „Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität“ gründen. Im Rahmen dieses Bündnisses werden wir einen verlässlichen Zeitplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei und sicher zu gestalten.

... Im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) werden wir klarstellen, dass soziale Standards zum Schutz der Beschäftigten sowie qualitative und ökologische Standards auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gelten.

Wir werden neue Mobilitätskonzepte wie Carsharing weiter fördern und mit mehr Modellprojekten das Verkehrsangebot im ländlichen Raum stärken. Gute Beispiele dafür sind Ruf- und Bürgerbusse.

... Verkehr erzeugt Emission. Zu viele Menschen in Deutschland leben in Gebieten mit hoher Lärmbelastung und schlechter Luftqualität. Wir wollen die Menschen spürbar vor Lärm, Schadstoffen und Umweltgiften schützen. Um die Umweltbelastung in den Innenstädten zu reduzieren, werden wir die Anschaffung von Bussen und Taxis mit alternativen Antrieben sowie die Nutzung von Lastenrädern und die Umrüstung von innerstädtischen Lieferfahrzeugen fördern.

### **FDP - Moderner Rechtsrahmen für moderne Geschäftsmodelle**

... Wir Freie Demokraten wollen einen zeitgemäßen Rechtsrahmen für traditionelle und neue Geschäftsmodelle wie die sogenannte Share-Economy. Die Share-Economy bietet mit ihren neuen Geschäftsmodellen den Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche Wahlmöglichkeiten zu traditionellen Produkten und Dienstleistungen. Um das Innovationspotential der Share-Economy zu nutzen, brauchen wir einen passenden Rahmen, der ihnen die Freiheit zur Entwicklung lässt. Deshalb wollen wir bestehende Regelungen etwa zur Personenbeförderung (inklusive Taximarkt) oder zur Nutzung von Wohnraum zeitgemäß gestalten.

Im Personenbeförderungsgesetz soll künftig vorgesehen werden, dass die Länder den Kommunen oder bestimmten Regionen die Genehmigung von Personenbeförderungsleistungen außerhalb einer Taxi-Konzessionsvergabe gestatten können. Künftig ist zudem jedem Antragsteller, der über ein polizeiliches Führungszeugnis ohne einschlägige Verurteilungen sowie über eine Insassenversicherung verfügt, ein Personenbeförderungsschein zu erteilen.

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zukunft wird aus Mut gemacht**

Wir wollen es für jeden einfach machen, sein Ziel so umweltfreundlich und nachhaltig wie möglich zu erreichen. Verkehr 2017 heißt für uns: Immer mehr Menschen steigen um auf Bus, Bahn und Fahrrad – vor allem in den Städten. Wer auf das Auto angewiesen ist, muss in Zukunft sauber und umweltfreundlich fahren können. Deshalb wollen wir **einen Mobilpass einführen**, mit dem sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und Bikesharing aus einer Hand gebucht und bezahlt werden können. Wir schaffen **mehr Radwege** und wollen **ab 2030 nur noch abgasfreie Neuwagen** zulassen.

### **Die Linke - Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.**

#### **Mobilität für alle – mit weniger Verkehr**

Mobilität und Verkehr sind nicht dasselbe. Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobil zu sein heißt nicht, möglichst weit und schnell unterwegs zu sein, sondern die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) gut zu erreichen. Am besten mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und Energie. Diejenigen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, belasten andere am wenigsten und brauchen bessere Bedingungen. Wir wollen wirklich barrierefreie Mobilität: niemand darf auf das (eigene) Auto angewiesen sein; alle müssen Zugang haben. Deshalb steht für uns das öffentliche Mobilitätsangebot im Zentrum.

Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Dafür wollen wir mehr Mittel vom Bund und eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen. Wir streben bundesweit einheitliche Standards beim Angebot und den Tarifbedingungen an, um den Flickenteppich der Verkehrsverbünde zu überwinden. Wir treten für kommunale, demokratisch kontrollierte Nahverkehrsunternehmen ein. Der Vorrang eigenwirtschaftlicher Betriebe muss abgeschafft werden. Statt Profite für UBER & Co. wollen wir den regulierten Taxibetrieb als Teil des öffentlichen Verkehrs. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Anbindung zum nächsten Oberzentrum mindestens im Stundentakt. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder Anruf-Sammeltaxis einbezogen werden.

---

#### **Zu Punkt 7.:**

##### **Verkauf eines Taxiunternehmens**

Das Unternehmen ist seit über 15 Jahren in dieser Branche tätig und hat fünf Taxi-Konzessionen, die im mittleren Schwarzwald eingesetzt werden.

Der Betrieb erzielt seine Umsätze durch Festfahrten und Daueraufträge.

Der Fuhrpark ist zwischen einem und zweieinhalb Jahren alt.

Das Unternehmen wird verkauft, weil die Eigentümerin der Rente beitrifft.

Bei Interesse bittet die Inhaberin mit der unten angegebenen Telefonnummer Kontakt aufzunehmen: W. Föhrenbach: 0176 28082862.

---

**Zu Punkt 8.:**

Die Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V. hat folgende Rundschreiben herausgegeben, die diesem Rundschreiben zur Kenntnisnahme beigelegt sind:

<b>Rundschreiben</b>	<b>Thema</b>
22/2017 vom 02.06.2017	Änderung des Berufsbildungsgesetzes – Form des Ausbildungsnachweises ist künftig zwingender Inhalt der Ausbildungsverträge
23/2017 vom 01.06.2017	Neue Rechtsverordnung zu Mindeststundenentgelten in der Zeitarbeit
25/2017 vom 14.06.2017	Ferienarbeit von Schülern und Studenten

.....  
**Zu Punkt 9.:**

**Presseinformation der R+V: Achtung, Abschleppgefahr – wenn der Parkplatz plötzlich zur Halteverbotszone wird**

In der Anlage übersenden wir Ihnen oben genannte Presseinformation.

.....

**Zu Punkt 10.:**

**Presseinformation der R+V: Hilfe für Carsharing-Nutzer: Nach Unfall zahlt R+V die Selbstbeteiligung**

Die R+V Versicherung bietet Carsharing-Nutzern ab sofort eine neue Leistung: Verursacht der Carsharing-Nutzer mit dem überlassenen Pkw beispielsweise einen Unfall, übernimmt R+V die Selbstbeteiligung. Mehr Informationen erhalten Sie in der Anlage beigelegten Presseinformation.

Mit freundlichen Grüßen

**Verband des Verkehrsgewerbes  
Baden e.V.**



Dipl.-Vw. Peter Welling  
(Gschf. Vorstand)

**Anlagen**

Zu Punkt 4: Interaktives E-Magazin

Zu Punkt 8: Rundschreiben 22/2017, 23/2017 und 25/2017 der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V.

Zu Punkt 9: Presseinformation R+V - Mobiles Parkverbot Urlaub

Zu Punkt 10: Presseinformation R+V - Carsharing